

Liebe Genossinnen und Genossen



vielleicht ist dem einen oder der anderen aufgefallen: Es gab keinen September-Mitgliederbrief. Tatsächlich haben wir damit zum ersten Mal seit dem Januar 2017 eine Monatsausgabe verpasst. Ich finde das schade und möchte mich dafür entschuldigen. An mangelnden Themen liegt es nicht. Es hat mir im vergangenen Monat einfach nicht gereicht.

Jetzt bin ich aber wieder am Start und gelobe Besserung.

Die Zeiten sind nicht leicht: Beinahe alle Kommunen und auch der Kreis knabbern am Hungertuch. Schuld daran sind die immer stärker steigenden Sozialausgaben.

Na, wer denkt da nicht sofort an die Bürgergeld-Diskussion? Dumm nur, dass das Bürgergeld gerade mal rund 4% der Sozialausgaben ausmacht und zu einem sehr großen Anteil auch tatsächlich an bedürftige Menschen geht. Gut, dass Lars gar nicht erst mit den Milliarden-Einsparungen gerechnet hat, die die Union da versprochen hat.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Klinik Breisach schließt	2
Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz und Kreisparteitag	4
Exkursion zum KZ Natzweiler-Struthof	6
Absurde Stadtbild-Diskussion	7
Herwig Wulf: Mein wechselnder Lebenslauf	9
Trauer um Konstantin Technau	9
Regionale Wertschöpfung vs. Konzerninteressen	10
Nix vegane Fleischeslust!	11
Wollen wir ein Durchregieren?	12
OpenDesk für die Digitalen Arbeitsplätze für Lehrkräfte in BW	13
Termine, Termine	14
Impressum	14

Der absolut größte Teil der Sozialausgaben werden für Gesundheit und Pflege gebraucht und genau die werden mitunter zu einhundert Prozent den Kommunen aufs Auge gedrückt. Land und noch viel mehr Bund bestellen und lassen dann Kreise und Kommunen zahlen. Das muss sich ändern und da müssen wir immer wieder die Finger in die Wunde legen.

Umso mehr ist es schwer zu ertragen, dass in dieser Situation jetzt landauf, landab die Freiwilligkeitsleistungen aus den kommunalen Haushalten gestrichen werden. Die letzten freien Posten in den Haushalten mit denen so etwas wie Gestaltung möglich ist.

Auch das müssen wir bei der kommenden Landtagswahl zum Thema machen. Die Gemeinden und Kreise dürfen nicht von Bund und Land an die Wand gedrückt werden, denn sonst können wir die Kommunalparlamente auch auflösen und die Pflichtaufgaben der Verwaltung überlassen.

Lasst und also im Wahlkampf auch für unsere kommunale Familie kämpfen. Gut finanziert ist sie die Keimzelle einer gesunden Demokratie und davon können wir aktuell nun wirklich mehr gebrauchen.

In diesem Sinne: Glückauf!



Klinik Breisach schließt

von Oswald Prucker

Die Spatzen piffen es schon lange von den Dächern: Die Helios-Rosmann-Klinik in Breisach schließt Mitte nächsten Jahres seine Pforten. Die Notaufnahme wird schon zum Jahreswechsel dicht gemacht. Das ist bitter. Man mag dem Helioskonzern die Schuld geben, andererseits ist es allgemein für alle kleinen Krankenhäuser sehr schwer und auch in der näheren Umgebung wurden so einige geschlossen.

Für das altwürdige Krankenhaus ist die Schließung gleich aus mehreren Gründen tragisch. So kann es wie wenig andere Häuser auf eine sehr lange Tradition zurückblicken, denn es geht auf den Breisacher Dekan Pantaleon Rosmann (1776 – 1853) zurück. Als es schließlich 1998 mit den weiteren Kreiskrankenhäusern in Müllheim und Titisee-Neustadt an den Helios-Konzern übergang, war es unter den drei Häusern tatsächlich das einzige, das auch Gewinn abwarf.

Es ist nun müßig in der jetzigen Situation über die Schuldigen zu spekulieren. Waren es die fehlenden Investitionen durch den Konzern oder ganz einfach die aktuellen politischen Rahmenbedingungen, die sich ja auch durch die rasanten Entwicklungen in der Medizin ergeben. Es ist vermutlich von allem etwas und die örtliche Lage ganz am Rande des Landes hat sicher auch nicht geholfen.

Martin Löffler, unser Fraktionsvorsitzender im Kreistag, formuliert das so:

„Die Schließung des Klinikum Breisach ist nun wohl unvermeidbar geworden. Die zu geringe Zahl der Betten und auch die Personalprobleme haben am Ende keine andere Wahl mehr gelassen. Es gilt nun, das Beste aus der Situation zu machen. Breisach kann und muss auch ohne Klinik- und Notaufnahme hinsichtlich der Ärzte- und Gesundheitsversorgung gestärkt werden. Die Klinikstandorte in Müllheim und Titisee-Neustadt können und sollten dafür umso entschlossener stabilisiert und gesichert werden. Dafür werden wir uns einsetzen.“



Philip Wolf, unser Kandidat für den Landtag, stimmt dem zu und schreibt:

„Die Schließung der Helios Klinik in Breisach ist ein schwerer Einschnitt für unsere Region. Viele Menschen haben hier über Jahre hinweg medizinische Hilfe gefunden und Vertrauen aufgebaut. Nun kommt es

darauf an, dass wir gemeinsam dafür sorgen, dass die medizinische Versorgung vor Ort auch in Zukunft gesichert bleibt. Verlässlich, wohnortnah und für alle erreichbar. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum weiter ausgedünnt wird. Jetzt braucht es ein starkes Konzept und klare politische Unterstützung, um die Versorgung in Breisach und Umgebung langfristig zu sichern.“



Deutlicher werden da die Breisacher Gemeinderäte **Vedat Ceken** und **Frank Kreutner**. Ihnen liegt vor allem die Notfallversorgung der Breisacher Bevölkerung am Herzen. Beide sehen hier das größte Problem und fordern vom Kreis und vom Land dazu klare Aussagen. Zu dieser Notfallversorgung zählt für sie auch die Rettungswache des DRK. Solche Wachen stehen meist – wenn auch nicht immer – in der Nähe von Krankenhäusern.

Die Pläne der Stadt und des Landkreises für eine Medizinisches Versorgungszentrum

(MVZ) begrüßen Ceken und Kreutner. Unverständlich ist Ihnen aber die Eile, mit der dieses Projekt aktuell betrieben wird. Beide wüssten gerne den Grund dafür und sind auch der einhelligen Meinung, dass hier mehr Sorgfalt eher zu besseren Lösungen führt. Es braucht jetzt zunächst ein klares und tragfähiges Konzept für ein MVZ.



Auch unsere Landtagsabgeordnete **Gabi Rolland** hat das Thema aufgegriffen. Sie nahm die Entwicklung zum Anlass für eine kleine Anfrage an die Landesregierung. Zehn Fragen hat sie formuliert. Alle zehn drehen sich dabei naturgemäß um das, was die Landesregierung jetzt für Breisach und den westlichen Landkreis im Sinn hat. Dabei geht es um die durch die Schließung entstandene Versorgungslücke in der medizinischen Versorgung in der Region und um mögliche Neuentwicklungen für den Klinikstandort auch mit Blick auf eine mögliche deutsch-französische Zusammenarbeit.

Wir dürfen auf die Antworten aus Stuttgart gespannt sein und werden dann wieder darüber berichten. Auch die weiteren Entwicklungen zum Thema werden wir im Blick behalten.



Ortsvereinsvorsitzen- denkonferenz und Kreisparteitag

von Tanja Kühnel

Am 11. Oktober haben wir unsere Delegierten zum Kreisparteitag nach Löffingen eingeladen, welcher im Flughistorischem Museum AERONAUTIKA stattfand. Die Location besticht durch einen besonderen Charme, der so gar nicht an irgendeinen Parteitag oder eine Konferenz erinnerte, sondern eher an eine historische Theaterkulisse.



Vorab versammelten sich die Ortsvereinsvorsitzenden zu einer Konferenz. Nachdem die letzte OVV ca. 2019 stattfand und unsere Landtagswahl 2026 bereits an die Tür klopft, wollten wir erörtern, wie es um die Kampagnenfähigkeit unserer OV's bestellt ist. Im Vorfeld haben wir einen Fragebogen an unsere Vorsitzenden gesendet und auf unserer Konferenz dann die Auswertung besprochen.



In vielen unserer OV's gibt es unterschiedlichen Unterstützungsbedarf. Sei es bei der Aktualisierung der Homepage, im Social Media Bereich, beim Plakatieren oder Flyern, Sprachfähigkeit am Infostand oder auch bei Veranstaltungen. Unter anderem wurde der Wunsch nach Vernetzung und

regelmäßigem Austausch geäußert, wofür gerade der passende Raum geschaffen wird.

Der anschließende KPT befasste sich hauptsächlich mit unserem Wahlprogramm für die anstehende Landtagswahl 2026. Mit unserer Abgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter hatten wir dann auch gleich die richtige Person, die uns Frage und Antwort hierüber stehen konnte. Rita ist der Kopf unserer Wahlprogrammkommission.



Natürlich gab es von Rita auch einen Bericht aus Berlin. Aktuelle Themen, wie Z.B. die Änderung des Bürgergelds in die Grundversicherung, wurden emotional diskutiert. Wir danken Rita herzlich, dass sie sich sehr viel Zeit genommen hat, um wirklich jede Frage an diesem Nachmittag zu beantworten.

Exkursion zum KZ Natzweiler-Struthof

von Tanja Kühnel

Zusammen mit den drei hochschwarzwälder Ortsvereinen Dreisamtal, Gundelfingen und Hochschwarzwald haben wir eine Exkursion zum Konzentrationslager Natzweiler-Struthof veranstaltet. Wie auch schon im letzten Jahr wurde diese von Dagmar Engesser und Tanja Kühnel organisiert.

Wir freuen uns sehr, dass das Angebot großen Anklang fand und wir mit einem voll besetzten Bus ins nahegelegene Elsass fuhren.



Spricht man von Konzentrationslagern, so ist man in der Regel gedanklich schnell bei den KZ's Auschwitz, Dachau oder Buchenwald. Den wenigsten ist jedoch bekannt, dass auch in unserer Nähe ein KZ von den Nazis betrieben wurde.



In Natzweiler-Struthof wurden Menschen interniert und vergast. Sie waren zudem pseudo-medizinischen Versuchen ausgesetzt. Das Konzentrationslager war 1943 ein Zusammenlegungsort für die skandinavischen Opfer des Nacht- und-Nebel-Erlasses: Hitler hatte veranlasst, dass rund 7000 des Widerstands verdächtige Personen nach Deutschland verschleppt werden, ohne dass die Angehörigen etwas davon erfuhr. In Natzweiler-Struthof erinnert heute auch eine Gedenkstätte an die Opfer

des Nationalsozialismus. Das Bauwerk stellt eine Flamme dar und wurde 1960 offiziell von dem damaligen französischen Präsidenten, dem General Charles de Gaulle, eröffnet. Zudem befindet sich ein Grabmal mit sterblichen Überresten von Opfern der verschiedenen Konzentrationslager in Natzweiler-Struthof.



Es gibt heute immer weniger Zeitzeugen, die uns über die grausamen Geschehnisse des nationalsozialistischen Deutschlands berichten können. Um so wichtiger sind Mahnmale wie das KZ Natzweiler-Stutthof, um die Erinnerungskultur am Leben zu erhalten.

In einer Zeit, in der man von „Linksfaschismus“ spricht und „Hitler war ein Linker“ skandiert, sind Aufklärung, Fakten und Erinnerung unverzichtbar, um dem Rechtsruck entgegenzuwirken.



Die Bilder wurden uns zur freien Verfügung von Markus Herter überlassen – vielen Dank.



Absurde Stadtbild-Diskussion

von Oswald Prucker

Mit einem Brief zur Stadtbild-Äußerung von Kanzler Merz meldeten sich *Nadia Altenpohl* und *Jiayu "Louis" Shi*, die beiden Vorsitzenden des Ortsvereins Hexental bei ihren Mitgliedern:

Liebe Genossin, lieber Genosse,
heute schreiben wir dir nicht als Vorstandsvorsitzende der SPD Hexental, sondern als Menschen, die selbst Migrationsgeschichte in ihren Biografien haben.

Die Aussage unseres Bundeskanzlers Friedrich Merz:

„In der Migration sind wir schon sehr weit. Aber wir haben natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem... Und deshalb ist der Bundesinnenminister auch dabei, im großen Umfang Rückführungen zu ermöglichen.“

Diese Aussage hat viele Menschen mit migrantischen Wurzeln verletzt. Auch uns hat diese Aussage und zuletzt deren bewusste „Unterstreichungs“ getroffen. Denn das ist damit gemeint: Es gibt Menschen, die ins Stadtbild passen und solche die unerwünscht sind. Das nennt man Rassismus.

Woran soll man denn erkennen, wer hier her gehört und wer zurückgeführt werden soll, wenn man durch die Städte läuft?

Merz hat die Grenzen des Sagbaren überschritten – mehrfach. An Absurdität ist das nicht mehr zu überbieten.

Wir wollen in dieser Nachricht an dich nicht die ganze Liste an Empörungen und Letzte-Patrone-Szenarien wiederholen.

Wir wollen dir Mut machen, wenn du ihn gerade verlieren solltest und daran erinnern, dass es um uns alle in diesem Land geht.

Wenn du eine Migrationsgeschichte hast:

- Wir sehen dich.
- Du bist wertvoll.

— Du gehörst hier her.

Wenn du keine migrantischen Wurzeln hast:

- Die Aussagen von Friedrich Merz betreffen auch dich.
- Frag deine großen und kleinen Mitmenschen mit Migrationsgeschichte, wie es ihnen geht.
- Sei laut!



Wir können nicht beeinflussen, was gesagt wird. Aber wir alle haben einen Wirkungskreis und es kommt auf jede*n Einzelne*n von uns an.

Wir brauchen jede Stimme für Menschenwürde und Demokratie. Mehr denn je.

Bist du dabei?

Übrigens: Unser Parteikollege Robin Mesarosch aus Sigmaringen hat in einem Video prägnant zusammengefasst, auf welchem Weg wir uns gerade befinden und um was es wirklich geht: Stadtbild durch Abschiebungen „verbessern“? Ganz schlechte Idee!

Herzliche Grüße senden euch
Louis und Nadia

Herwig Wulf: Mein wechselnder Lebenslauf

von Oswald Prucker

Herwig Wulf, langjähriger Vorsitzender der SPD Kirchzarten, hat viel erlebt. Zuerst in der Kriegszeit in Ostpreußen, dann auf der Flucht Richtung Westen. Glücklicherweise hat er über die Flucht viele Fotos und andere Dokumente retten können und über die Jahre kamen noch viele weitere Erlebnisse dazu.

So viele, dass sie nach seiner Aussage für einen Roman gänzlich ungeeignet, weil in der Fülle nicht glaubwürdig wären.

Er hat sie deshalb jetzt als Memoiren aufgeschrieben und herausgebracht. Er beschreibt sein Leben und seine Arbeit auf drei Kontinenten.

Das Buch ist in der Kirchzartener Bücherei und beim Autor (Alte Säge 11, Kirchzarten) für 16 Euro erhältlich. Eine spannende Lektüre von und über einen bedeutenden Sozialdemokraten in unserem Landkreis.



Trauer um Konstantin Technau

von Dagmar Endle

Die SPD Staufeu trauert um ihr langjähriges Mitglied

Konstantin Technau.

Technau ist 1936 in Freiburg geboren und hat 1955 seine Abiturprüfung abgelegt. Nach dem Jurastudium in Freiburg und Bonn war seine erste berufliche Station bei der Staatsanwaltschaft in Waldshut. Im Jahr 1972 kam er als Justizrat nach Staufeu ans dortige Notariat, zu dessen Leiter er später ernannt wurde.

Im Jahr 1970 trat der der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. In Staufeu bekleidete er ab 1980 zunächst das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden, bevor er von 1992 bis 1998 den Posten des ersten Vorsitzenden übernahm. Zwei weitere Jahre war er noch Beisitzer im Ortsverein und vertrat diesen bis 2003 als Delegierter bei Parteitages des SPD Unterbezirks.

Von 2006 bis 2020 diente er dem SPD-Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald als Beisitzer in der Schiedskommission der Partei.

Über 30 Jahre hinweg, von 1980 bis zum August 2010 war Konstantin Technau Mitglied des Gemeinderats Staufeu, und zudem Fraktionssprecher der SPD. Seit 1989 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Rat

hatte er überdies das Amt des Bürgermeisterstellvertreters inne.

Überdies vertrat Technau die Bürgerinnen und Bürgern des Wahlkreises Bad Krozingen 15 Jahre im Kreistag.

In der tiefen Überzeugung, dass Demokratie bedeutet, eine Auswahl zu haben, kandidierte er im Jahr 1992 für das Amt des Landrates.

Über die Parteigrenzen hinweg erreichte er die Einrichtung der Fußgängerzone in Staufen und war von 2003 bis 2014 Vorsitzender des Arbeitskreises Staufener Stadtbild e.V.

Konstantin Technau stellte die Person in den Vordergrund, egal welcher Gruppierung und welcher Partei sie angehörte. Als Politiker stand für ihn die Sacharbeit zum Wohl des Gemeinwesens an erster Stelle.

Die SPD Staufen wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



Regionale Wertschöpfung vs. Konzerninteressen

von Oswald Prucker

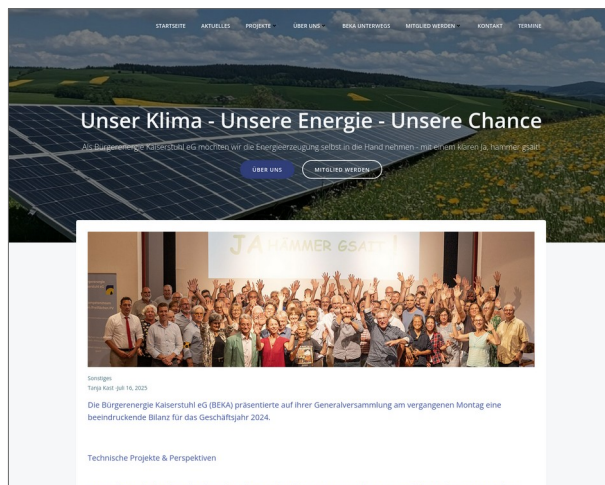
Mit großer Freude las ich vor einigen Tagen einen Bericht über die Bürgerenergiegenossenschaft in Ettenheim in der Ortenau. 350

Genoss:innen haben sich da gefunden und betreiben zusammen Windräder, PV-Anlagen und Car-Sharing.

Die Stadt unterstützt und wirbt für die Genossenschaft. Sie hat sogar die Gründung in gewisser Weise initiiert.



Ähnliches erlebe ich in der unmittelbaren Nachbarschaft bei der Bürgerenergie Kaiserstuhl. Laut Webseite ist diese Genossenschaft mit 330 Mitgliedern quasi gleich groß, wie das Ortenauer Pendant.



Windkraftanlagen im Kaiserstuhl funktionieren (noch) nicht, deshalb liegt der Schwerpunkt auf der Photovoltaik. Die bisher installierten Anlagen entstanden allesamt auf öffentlichen Gebäuden. Auch hier also volle Unterstützung der Bürgermeister vor Ort, die sehr wohl verstehen, dass eine solche regionale Wertschöpfung eben auch

den Gemeinden und ihren Bürger:innen zugute kommen.

Mein Eindruck ist aber: Genau diese Wertschöpfung vor Ort ist unserer Wirtschaftsministerin Reiche ein Dorn im Auge. Sie ist ein Kind der Großkonzerne und denen entgeht logischerweise all das an Gewinn, was vor Ort bleibt. Sie stellt sich damit gegen Bürgermeister, die zumindest in unserer Region mit überwältigender Mehrheit auch aus ihrer Partei kommen.

Vielleicht sollte ich das anders formulieren: Warum gibt es da von der kommunalen Basis innerhalb der Union nicht mehr Gegenwind gegen die von Reiche vorangetriebene Bremse der Energiewende, die uns doch gerade vor Ort so helfen könnte? Die sollten vielleicht mal wieder gemeinschaftlich nach Berlin fahren!

[Spoiler: Vom Nutzen für das Klima rede ich da ganz absichtlich mal gar nicht.]



Nix vegane Fleischeslust!

von Oswald Prucker

Vermutlich ist diese Sau (echt? vegan?) schon wieder aus dem Dorf rausgetrieben, aber ich will doch noch was zu einem offensichtlich sehr wichtigen Thema (!) loswerden: Soll man denn nun die Fleischalterna-

tiven noch fleischlich benennen dürfen?

Die EU hat entschieden: Es darf kein „veganes Schnitzel“ Schnitzel geben. Na gut, das stimmt so platt nicht ganz: Verboten werden soll nur die Bezeichnung veganes Schnitzel und nicht das vegane Schnitzel selbst.

Um das auf die kürzest mögliche Art einzurufen: Gut so!

Die konservativen Sprachverbotsaktivisten (auf den Begriff bin ich auf mehreren Ebenen stolz) laufen mal wieder zur Topform auf. Die Begründungen der Fleisch- und Wurstschützer (Vorsicht! Nicht zu verwechseln mit Tierschützern!) lauten: Ehrliche Etikettierung (blablabla), kulinarische Traditionen (blablabla), Schutz der Landwirte (wo- vor denn?).



Darum geht es natürlich nicht. Es geht eigentlich auch nicht um Sprachverbote. Die sind nur Mittel zum Zweck. Es geht (ja, nix neues) nur um Industrieinteressen und in

diesem Fall um die Interessen der allmächtigen Tierindustrie. Deren Lobby ist die mächtigste in Brüssel und der Begriff „Industrie“ ist da entscheidend. Es geht nicht um den bei uns in Südbaden typischen Kleinbauern oder den echten Metzgermeister um die Ecke.

Es geht um tonnenweise produzierte billige Fließbandwurst und das bringt mich zurück auf dieses Argument mit der ehrlichen Etikettierung. In der Geflügelwurst darf 20% Schwein sein. Das Schwein, das zu Schwarzwälder Schinken wird, muss nicht im Schwarzwald aufgewachsen oder geschlachtet worden sein. Hauptsache es wird irgendwo da oben verpackt. Tatsächlich gibt es im ganzen Schwarzwald gar nicht genug Schweine für die Menge an Schwarzwälder Schinken, die so über die Tresen gehen. Laut Wikipedia kommen sogar nur 10% der Schweinekeulen überhaupt aus Baden-Württemberg (da ist nicht alles Schwarzwald)! Da gibt es aber offensichtlich dann keine Verwechslungsgefahr oder Irreführung ...



Wie dem auch sei: Ich darf schon mal vorsorglich die Fruchtsafthersteller warnen:

Werbt lieber nicht mehr mit „viel Frucht-FLEISCH“ und den geneigten Leser darf ich darauf hinweisen, dass die kulinarische Tradition (siehe oben!) und Delikatesse Fischmilch eher nicht von einer weiblichen Vertreterin dieser Spezies stammt.

Und da ich jetzt doch wieder bei der Sprache bin, will ich auf die konservativen Sprachverbotsaktivisten (so ein schöner Begriff!) zurückkommen und ihnen zurufen: Wenn es denn ginge, dann würde ich die vegane Wurst:in auch noch gendern!



Wollen wir ein Durchregieren?

von Oswald Prucker

„Durchregieren war einmal“, so überschreibt die Tagesschau einen Bericht über den Streit in der Bundesregierung zu verschiedenen Themen, aktuell zum Thema Wehrdienst.

Ich mache mich hier mal unbeliebt. Mein Lieblingssatz in diesem Artikel ist „Jeder einzelne Vorgang ist nicht dramatisch und kann sogar Ausweis eines gelebten und gesunden Parlamentarismus sein.“ Ja, der nächste Satz beginnt mit „Aber ...“, aber (!) das blende ich hier mal aus.

Ich bin ganz froh, dass nicht mehr lahmarschig durchregiert wird wie in der Merkel-

zeit. Es ist gut, dass im Parlament wieder diskutiert und gestritten wird und sich die Abgeordneten nicht mehr von einem Koalitionsvertrag ruhigstellen lassen.

Es fällt allerdings auf, dass sich im Wesentlichen die Unionsleute gegen Regierungsbeschlüsse wenden. Ich freue mich da auf mehr Mut bei den Sozis und noch mehr freue ich mich darüber, dass Pistorius aktuell bei seinem in der Regierung abgestimmten Entwurf bleibt.

Freue mich auf andere Meinungen dazu.



OpenDesk für die Digitalen Arbeitsplätze für Lehrkräfte in BW

von Oswald Prucker

Ich finde das wieder eine gute Nachricht für mehr digitale Unabhängigkeit. Die Lehrkräfte in Baden-Württemberg – immerhin 60.000 – haben nun für ihren Arbeitsplatz OpenDesk zur Verfügung und damit eine selbstbewusste Alternative zu Microsoft 365 auf ihren Rechnern.

Ich will das Paket hier nicht im Detail beschreiben. Falls jemand Interesse hat, kann ich gerne mit jeder Menge Info dazu weiterhelfen.

Wie das jetzt in Baden-Württemberg abläuft oder abgelaufen ist, kann in der PM des Kultusministeriums nachgelesen werden und daraus möchte ich einen Absatz im Wortlaut zitieren:

Gemeinsam mit Dataport und govdigital, sowie den beteiligten Firmen Univention, Openxchange, Nextcloud und Collabora hat das Kultusministerium seit 2024 den Digitalen Arbeitsplatz für Lehrkräfte auf Basis der digital souveränen Software dPhoenix an knapp 60.000 Lehrkräfte ausgerollt. Seit Sommer 2025 wird der DAP nun auf Basis der Software openDesk umgesetzt. OpenDesk nutzt dieselben Softwarekomponenten wie dPhoenix und setzt die Pionierarbeit von Dataport mit dPhoenix konsequent fort.

Die Namen sagen den meisten sicher nichts aber vielleicht fällt da auf, dass der eigentliche kommunale IT-Dienstleister im Ländle, die komm.one komplett fehlt. Tja, das muss doch schon ein bisschen peinlich sein, oder?

Peinlich ja, verwunderlich eher nicht. Wenn man sich die Webseite der komm.one anschaut, dann findet man halt nur belanglosen PR-Sprech zu digitaler Souveränität und das Thema Open Source – ein wichtiger Schlüssel zur Unabhängigkeit – kommt überhaupt nicht vor.



Termine, Termine

Stammtische

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

-  Montag, 17. November
Dienstag, 9. Dezember
-  19:00 Uhr
-  Wirtshaus Perron, Bahnhofsstraße
4, Breisach (am Bhf. Breisach)

Hochschwarzwald

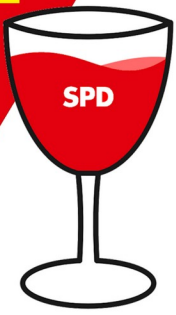
-  Mittwoch, 26. November und
Freitag, 26. Dezember
-  19:00 Uhr
-  Hotel Jägerhaus, Titisee-Neustadt



**SPD STAMMTISCH
HOCHSCHWARZWALD**

MITTWOCH, 26.11.2025

ACHTUNG!
TERMIN IST FEST,
ORT WIRD NOCH
BEKANNT GEGEBEN.



**STAMMTISCH
IMMER JEDEN 4.
MITTWOCH IM MONAT**

 www.spd-hochschwarzwald.de **SPD** Soziale
Politik für
Dich.



Breisgau

Der Ortsverein Bad Krozingen lädt an jedem ersten Dienstag des Monats ab 19:30 h zum Stammtisch ins Mcello am Bahnhof ein.

Digitaler Kreisstammtisch

Die digitalen Stammtische waren in den letzten Monaten leider nicht mehr nachgefragt und wir setzen sie deshalb zumindest bis zum Jahresende aus.

Ordentlicher Landesparteitag

-  15. November
-  Messe Ulm

Der ordentliche Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg findet dieses Jahr in Ulm statt.

Im Anschluss an den Parteitag findet ein zweiter Listenparteitag zur Landtagswahl statt. Dieser wird nötig, weil Daniel Born seine Kandidatur zurückgezogen hat.

IMPRESSUM

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Tanja Kühnel, Oswald Prucker, SPD Regionalzentrum, Merzhauser Str. 4,
79100 Freiburg.